

Gegenwartsaufgabe Alter

Seniorenparadiese im Osten





Model Foto © Colourbox.de/Graham Oliver

Gegenwartsaufgabe Alter

Seniorenparadiese im Osten

Die Babyboomer gehen in Rente. Das stellt den Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen, aber auch die Kommunen. Wer ist auf die Bedürfnisse älterer Menschen besonders gut eingestellt? Und was braucht es, damit Senioren in Zufriedenheit und Würde dort alt werden können, wo sie ihr bisheriges Leben verbracht haben?

■ Positivbeispiele

Radeberg sticht beispielsweise durch niedrige Baulandpreise, eine überdurchschnittliche Beschäftigtenanzahl im Gesundheits- und Sozialwesen, eine niedrige Arbeitslosenquote und gute Verkehrsanbindung hervor. Zella-Mehlis liegt direkt an der Autobahn, die Bevölkerungsentwicklung ist überaus positiv, die Baulandpreise unterschreiten noch das Radeberger Niveau. Dem hohen Bevölkerungsanteil an älteren Menschen trägt die Kleinstadt auch durch einen Seniorenbeirat Rechnung, der direkt vom Stadtrat gewählt wird. Haldensleben überzeugt durch eine weit überdurchschnittliche Beschäftigtenanzahl in Heimen, Gesundheits- und Sozialwesen und zählt mit seiner Glas- und Keramikindustrie, der Produktion und Entwicklung von Faserverbundstoffen, mit Logistikunternehmen und Automobilzulieferern zu den führenden Wirtschaftsstandorten des Landkreises Börde. Anklam besticht ebenfalls mit seinem Sozial- und Gesundheitswesen, seiner direkten Anbindung an ICE- und IC-Verbindungen und einem überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil in Kunst und Kultur.

Und dies sind nur vier von elf ostdeutschen Kleinstädten, die es in die Top 50 der seniorenfreundlichsten Kleinstädte geschafft haben. Burgstädt,

In ihrer jüngsten Studie zur Attraktivität von Kleinstädten für ältere Menschen kommt die Zeitschrift „Kommunal“ zu einer eindeutigen Aussage: „In Nordbayern, Sachsen und Thüringen können Senioren eigentlich fast gar nichts falsch machen. In diesen eher ländlich geprägten Regionen liegen die meisten seniorenfreundlichen Kleinstädte. Es folgen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz ...“

Die Untersuchung umfasst knapp 900 Kleinstädte mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern. Statistische Daten in 67 Kategorien wurden mithilfe des Standortanalyse-Tools Contor-Regio durchleuchtet, um herauszufinden, wo die Kommunen in puncto Seniorenfreundlichkeit stehen. Das Fazit: Während die Lebensbedingungen für ältere Menschen im Westen und Nordwesten der Bundesrepublik vergleichsweise schlecht sind,

punkten die ostdeutschen Bundesländer. „Je weiter von Berlin entfernt, desto besser.“

■ Was zählt?

Menschen wollen Gemeinschaft. Das gilt erst recht für die Generation der Babyboomer, die in ihrer gesamten Lebensspanne eine Erfahrung über sämtliche anderweitigen Differenzen hinweg eint: Sie waren immer viele. Stets in einem großen Verbund Gleichaltriger, vom Kindergarten bis zum Berufsleben. Das führte zu ständiger Konkurrenz, aber eben auch zu einem spezifischen Lebensgefühl, das diese Generation prägt. Die Möglichkeit, Zeit mit Gleichaltrigen zu verbringen, ist daher auch nach dem Eintritt ins Rentenalter für das Wohlbefinden essenziell.

Freizeitmöglichkeiten, Cafés und Begegnungsorte für Senioren – je vielfältigere Angebote Kleinstädte in dieser Hinsicht zu bieten haben, desto

besser. Gute Verkehrsanbindungen an kommunale, regionale und überregionale Strecken, kurze Wege zu Geschäften und Einrichtungen des täglichen Bedarfs, eine niedrighschwellige und alle wesentlichen Fachgebiete umfassende ärztliche Versorgung liegen als wichtige Faktoren nahezu auf der Hand.

Daten zu Infrastruktur und Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen fließen daher ebenso in die Bewertung ein wie solche zu Baulandpreisen, der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und zu Kriminalität. Maßvolle Baulandpreise dämpfen indirekt die Mietkosten auch für Seniorenwohnungen und -heime; bietet eine Kleinstadt den Kindern und Enkeln Aussichten auf attraktive Jobs, bleiben sie eher in der Nähe; ist die Kriminalitätsrate niedrig, kommt dies dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen entgegen.



> Eine gute ärztliche Versorgung ist für das Wohnumfeld von Seniorinnen und Senioren ebenso wichtig ...



> ... wie eine funktionierende Infrastruktur.

Bischofswerda, Neustadt in Sachsen, Auerbach/Vogtl., Mittweida, Kamenz und Dippoldiswalde sind auch darunter. Die Gewichte verschieben sich weiter hin zu den östlichen Bundesländern, je mehr Kleinstädte man in den Blick nimmt.

Was können Kommunen tun?

Dass mit dem Renteneintritt der Babyboomer auf die Kommunen erhebliche Anpassungsaufgaben zukommen, hat auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erkannt. Seit Jahren geht es im Verbund mit der Körber-Stiftung der Frage nach, wie sich Städte und Gemeinden auf das letzte Lebensdrittel der geburtenstarken Jahrgänge einstellen können.

In seiner jüngsten Studie – „Ageing in Place“ – geht es um konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen mit Blick auf die damit verbunde-

nen wohnungspolitischen Herausforderungen. Denn in Heimen sieht ein großer Teil der Babyboomer die eigene Zukunft nicht. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die im Alter vermutlich ohne familiäre Unterstützungssysteme werden auskommen müssen, in dieser Generation so hoch wie nie zuvor.

Die Planung und Umsetzung neuer Unterstützungssysteme, etwa durch Vermittlungsangebote „Wohnen für Hilfe“, zählt daher ebenso zu den Empfehlungen wie die Anpassung städtischer Infrastruktur an die Bedürfnisse älterer Menschen. Ist es ihnen möglich, im Stadtzentrum wohnen zu bleiben, bleibt ihnen auch die Teilhabe am öffentlichen Leben erhalten – ein wesentliches Bedürfnis der Babyboomer, die sich, so zeigen die Daten, auch weit über das Rentenalter hinaus noch ehrenamtlich engagieren möchten. Davon profitieren die Kommunen. Ebenso wie von

der gestiegenen Bereitschaft dieser Generation zum Leben in alternativen Wohnformen, seien es Mehrgenerationenhäuser, gemischte oder AltwGs.

Innovative Wohnprojekte lassen sich beispielsweise mithilfe des 250 Millionen Euro starken Förderprogramms „Innenstadtstrategie“ des Bundes auf den Weg bringen, zu weiteren Fördermöglichkeiten für altersgerechtes Wohnen gibt es Beratungen. Kaufen Kommunen Sanierungsgebiete oder Bauland an, liegt es in ihrer Hand, diese an Investoren zu vergeben, deren Wohnkonzepte auch an älteren Menschen ausgerichtet sind.

Gemeinnützige und genossenschaftliche Bauprojekte durch Beratung und Förderung zu barrierearmer Ausgestaltung zu bewegen ist ein weiterer Baustein vorausschauender seniorengerechter Planung. Mittels Planungs- und Genehmigungsverfahren dafür zu sorgen, dass umzugswilligen älteren Menschen ausreichend mietpreisgebundene, kleinere Wohneinheiten zur Verfügung stehen, hilft ebenfalls. Wenn dadurch größere Wohnungen für Familien frei werden, ist damit der Generationengerechtigkeit insgesamt gedient.

Standortfaktor Generationengerechtigkeit

Denn darauf kommt es an: die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen zu berücksichtigen und bestenfalls zu befriedigen. Hier sind die ländlichen Kommunen im Vorteil. Sind Großstädte vor allem für junge Menschen attraktiv, so verschieben sich die Wünsche und Erfordernisse mit fortschreitendem Alter. Gehen Kommunen auf diese Veränderungen klug ein und begreifen sich als senioren- und generationengerecht, kann diese Perspektive zu einem wichtigen Standortfaktor werden, wenn Menschen sich überlegen, wo sie

> Info

Die Studie „Seniorenparadiese in Kleinstädten“ mit sämtlichen Daten findet sich hier: <https://tinyurl.com/4nfmh4f6>. Die Handlungsempfehlung „Ageing in Place. Wohnen in der altersfreundlichen Stadt. Kommunale Strategien für die Babyboomer-Generation“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung lässt sich unter <https://tinyurl.com/yb8sx5db> nachlesen.

sesshaft werden – und/oder ihr Alter verbringen möchten.

Andrea Böltken

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 25, gültig ab 1.1.2022

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

DSTG im Finanzministerium

Auf Antrittsbesuch

Der neue DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler kam im Oktober erstmalig nach Mecklenburg-Vorpommern.

Am 28. Oktober 2022 kam der neue DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler zu einem Antrittsbesuch beim Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Heiko Geue, nach Schwerin. Ihn begleitete der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne.

Bei dem Gespräch wurden aktuelle Themen wie die Krisen in Deutschland und der

Krieg in der Ukraine sowie die daraus auch in der öffentlichen Verwaltung resultierende angespannte Situation angesprochen. Thematisiert wurde zudem der Fachkräftemangel, der die ohnehin prekäre Personalsituation zusätzlich belastet. Dass in den kommenden Jahren die Anstrengungen im Ringen um die besten Nachwuchskräfte weiter verstärkt werden müs-



> DSTG Landesvorsitzender Frank Höhne, Finanzminister Dr. Heiko Geue und der DSTG Bundesvorsitzende Florian Köbler (von links)

sen, war den Anwesenden der Gesprächsrunde klar. Ebenso versteht es sich von selbst, dass die Gesprächspartner nicht um das derzeit alles bestimmende Thema „Grundsteuer“ herumkommen konnten. Auch hierzu wurden die jeweiligen Positionen ausgetauscht.

Das Gespräch, an dem auch die Abteilungsleiterin 1 „Allgemeines“, Carina Stoppsack-Sternberg, und die Abteilungsleiterin 3 „Steuern“, Anke Niedergesäß, teilnahmen, verlief in einer sehr offenen und freundlichen Atmosphäre. Es wurde vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben. ■

Stelling-Preis 2022

Zivilcourage gegen Rechtsextremismus geehrt

Am 15. November 2022 war der DPoIG-Landesvorsitzende Ronald Müller zu Gast im Foyer des Staatstheaters Schwerin. Eingeladen hatte die SPD-Landtagsfraktion zu der jährlichen feierlichen Verleihung ihres Johannes-Stelling-Preises, für den aus 75 eingereichten Vorschlägen vier nominiert worden waren.

Mit dem Johannes-Stelling-Hauptpreis würdigt die SPD-Fraktion seit der ersten Verleihung 2006 Menschen oder Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern, die gegen diskriminierende Tendenzen eintreten, strukturelle oder direkte Gewalt gegenüber benachteiligten Menschen oder Gruppen bekämpfen, Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement zeigen oder demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien gegen totalitäre Bestrebungen verteidigen. Na-

mensgeber Johannes Stelling war Ministerpräsident des Freistaates Mecklenburg-Schwerin und Sozialdemokrat in der Weimarer Republik. Er wurde mit weiteren politischen Mitstreitern für die aufrechte Haltung für die Demokratie in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 in Berlin von den Nazis ermordet. „Es war mir eine besondere Ehre, dieser Preisverleihung zu wohnen zu dürfen“, so Ronald Müller. Der Stelling-Preis 2022 ging an das Bündnis „Wage Mut“ in Groß Krams für dessen



> Gespräch mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Rande der Preisverleihung

langjähriges soziales, zivilgesellschaftliches und demokratieförderndes Wirken in der Gemeinde und darüber hinaus.

Nach der festlichen Preisverleihung nutzte der DPoIG-Landesvorsitzende die Chance für Gespräche mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und dem Minister für Inneres, Bau

und Digitalisierung, Christian Pegel, um kurz die aktuellen Themen und Forderungen der DPoIG an die Landesregierung zu transportieren. Dazu gehören unter anderem die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Inkraftsetzung des § 17 a ff. der Erschwernisulagenverordnung. ■

DGVB

107. Gerichtsvollzieherkongress in Hamburg

Vom 22. bis 24. September fand in Hamburg der deutschlandweite Gerichtsvollzieherkongress statt, bei dem Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet mit dem Bundesvorstand und den Landesverbänden sowie die weiteren Gremien des DGVB über die Ausrichtung der Verbandspolitik berieten.

Zu Gast auf dem in jedem Frühjahr und Herbst stattfindenden Kongress war dieses Mal auch der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, der ein Grußwort an die Delegierten richtete und an der anschließenden Aussprache teilnahm. In seinem Vortrag ging es unter anderem um den Ausbau der Zusammenarbeit von Bund und Gewerkschaften sowie um die Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen.

Silberbach regte an, für die Gerichtsvollzieher ein höheres Einstiegsamt A 9 zu fordern, so wie es in der Vergangenheit auch bei der Polizei umgesetzt

wurde. Die Gerichtsvollzieher der Länder setzen sich seit Jahren für eine verbesserte Ausbildung am Beispiel des Landes Baden-Württemberg ein, welches 2016 als erstes Bundesland die Gerichtsvollzieherausbildung auf ein Studium umgestellt hat.

Bezüglich der anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, welche für Frühjahr 2023 avisiert sind, setzen viele auf die steuerfreie Sonderzahlung von bis zu 3 000 Euro Inflationausgleich als zentrales Element, das rechtzeitig auf den Weg gebracht werden muss, um die Beschäftigten zu entlasten. ■



> Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach mit der Landesvorsitzenden des DGVB Mecklenburg-Vorpommern, Karina Gottschalk (links), und Jana Weber, Vorsitzende des DGVB-Landesverbandes Thüringen

12. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

Erfahrungsschatz der Älteren nutzen

Am 20. Oktober 2022 trafen sich die Delegierten nach über zwei Jahren wieder in Präsenz im Plenarsaal des Schweriner Schlosses zur ihrer 12. Sitzung. Der dbb m-v wurde durch die Delegierten Gerd Dümmel, Vorsitzender der Landesseniorenvertretung, und seinen Stellvertreter Klaus Junker vertreten.

Die 2. Vizepräsidentin des Schweriner Landtages, Elke-Annette Schmidt, begrüßte die Delegierten und verlas das Grußwort der Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Anschließend rich-

tete Ministerpräsidentin Manuela Schwesig per Videoschleife ihre Grußworte an die Delegierten. Sie konnte aufgrund aktueller Ereignisse nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen.

Stefanie Drese, Ministerin für Soziales und Sport in Mecklenburg-Vorpommern sprach im Anschluss zu den Delegierten. Angesichts der Tatsache, dass derzeit 35 Prozent der Bevöl-

kerung im Land über 60 Jahre alt sind, lobte sie die Tätigkeit des Altenparlamentes und der ihm angehörenden Verbände für ihre ehrenamtliche Arbeit und sicherte die weitere Unterstützung der Landesregierung zu. Sie hob die Bedeutung des endlich gegründeten runden Tisches zum Thema Einsamkeit hervor, der im nächsten Jahr erstmals tagen wird.



© dbb m-v

> Die Delegierten des dbb m-v, Gerd Dümmel (links) und Klaus Junker

Darüber hinaus unterstrich die Ministerin den Erfolg der Ehrenamtskarten, von denen in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen 54 000 vergeben worden seien. Mit deren Hilfe konnte in jedem Landkreis eine Mitmachzentrale für ältere Menschen eingerichtet werden. Ministerin Drese verband dies mit der Hoffnung, dass dieser Ansporn zu noch mehr ehrenamtlichem Engagement der älteren Generation in Mecklenburg-Vorpommern führen werde.

Im Anschluss sprach die Präsidentin des Altenparlamentes, Brigitte Seifert, zu den Delegierten. Sie lobte die Wirksamkeit des Seniorenmitwirkungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und sprach über die im Land geplante Einführung eines Seniorentickets für 365 Euro ab 2023.

Nach der Bestätigung der Tages- und Geschäftsordnung begaben sich die Delegierten in die Arbeitskreise, um über die Leitenträge

- > Ausbau und Erhalt einer flächendeckenden, bedarfsorientierten und ausgewogenen Beratungslandschaft in MV,
- > Förderung der Medienkompetenz analoges Leben in digitalen Zeiten und
- > für eine lebenswerte Zukunft für Jung und Alt zu beraten.

Im Anschluss wurden dem Plenum die Aktivitäten und Ergebnisse bei der Umsetzung der Beschlüsse des 11. Altenparlamentes dargelegt.

Christine Klingohr, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hob die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Altenparlament, in deren Rahmen sich die SPD aktiv in die Seniorenarbeit einbringe, hervor. Sie lobte den Beschluss ihrer Partei zur Einführung eines runden Tisches gegen die Einsamkeit und appellierte angesichts der gegenwärtigen Krisen an die gesamtgesellschaftliche Solidarität.

Harry Glawe von der CDU-Fraktion wies auf das Ungleichgewicht zwischen der diesjährigen Rentenerhöhung von über sechs Prozent und der momentanen Inflationsrate von zehn Prozent hin. Hier müsse mehr getan werden. Der ehemalige Gesundheitsminister sprach über die Gesundheitspolitik im Land, insbesondere über die Bemühungen, mehr Ärzte in ländliche Gebiete zu bekommen. Es gehe um die Erhaltung der 37 Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern. Über deren Notwendigkeit seien sich prinzipiell alle Landtagsfraktionen einig, nur das Wie sei ungeklärt.

Elke-Annette Schmidt als sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke forderte in ihrer Rede ein entschiedeneres Vorgehen gegen Altersarmut. Insbesondere die aktuelle Anhebung des Mindestlohnes reiche bei Weitem noch nicht aus. Eine Erhöhung auf 15 Euro sei notwendig. Auch im Lohn- und Rentengefüge gelte es, eine Angleichung zwischen Ost und

West zu schaffen. In Mecklenburg-Vorpommern müsse eine Beratungslandschaft geschaffen werden und die Seniorenstützpunkte müssten stärker unterstützt werden.

Die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Barbara Becker-Hornickel, betonte, dass es bei aller Notwendigkeit der Digitalisierung dennoch wichtig sei, analog in Kontakt zu bleiben: „Mit den Alten sprechen und nicht über sie reden!“ Sie sprach sich für den weiteren Abbau bürokratischer Hürden und für den altersgerechten barrierefreien Umbau der Verwaltung aus. Auch sie begrüßte die Einführung des runden Tisches zum Thema Einsamkeit, bemängelte aber, dass die Oppositionsfraktionen des Landtages nicht eingebunden worden seien und so auch nicht ihre Kompetenz und ihr Wissen hätten einbringen können.

Im Anschluss konnten die Delegierten Fragen an die anwesenden Vertreter der Fraktionen stellen. Es entwickelte sich eine lebhaftere Aussprache, vor allem um die Themen Grundversicherung, Barrierefreiheit, Mindestlohn, digitale Möglichkeiten in Heimen, Beseitigung des Ärztemangels auf dem Land, Einsatz von Haus- und Fachärzten im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern, zur Übergangspflege sowie zu einer im Land notwendigen Funktionalreform.

Es folgte die Vorstellung der von den Arbeitskreisen vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den Leitenträgen und deren Annahme durch die Delegierten.

Abschließend wurden zwei Resolutionen des 12. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern „Bildung im Alter – für alle ermöglichen“ und „Solidarisch durch die Krise“ vorgestellt und einstimmig von den Delegierten verabschiedet. ■

Gewerkschaftstag der vbba Landesgruppe Nord

vbba – immer ein Gewinn!

Beschäftigte der Bundesagentur trafen sich auf Gut Gremmelin.

Der Landesgewerkschaftstag der Landesgruppe Nord der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales fand in diesem Jahr vom 25. bis 27. September mit circa 35 Delegierten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern auf Gut Gremmelin im schönen Mecklenburg-Vorpommern statt.

Die Vorsitzende der Landesgruppe Nord, Agnes Ranke, eröffnete den Gewerkschaftstag und stellte zur Einstimmung das neue Werbevideo der vbba vor, welches – schnell und prägnant sowie unterlegt mit flotten Rhythmen – die Botschaft vermittelt: vbba – immer ein Gewinn!

Der neue Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Markus Biercher, stellte sich persönlich vor und gab Einblicke in seine geschäftspolitischen Ziele und in seine Vorstellungen zu deren Umsetzung. Die Erwerbsmigration zum Beispiel liege ihm besonders am Herzen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass ein Nettozuwanderungsbedarf von 200 000 bis 245 000 Einwandernden bestehe, um nur annähernd den Fachkräftemangel auszugleichen. Er sprach sich im Weiteren zuversichtlich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gremien aus und stellte sich im Verlauf des dann doch zweistündigen Austauschs umfassend allen an ihn herangetragenen Fragen.

Landesgruppenstreikleiter Jan Peter Kaiser informierte über das Thema Streik und die Möglichkeit, die einzelnen Gruppen mit entsprechenden Streikwes-

ten auszustatten, damit die vbba beim Marsch auch gut sichtbar sei.

Dietmar Knecht sprach in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des dbb m-v über aktuelle Entwicklungen. So etwa darüber, dass der dbb Bundeshauptvorstand die Vereinigung Cockpit (VC) in den gewerkschaftlichen Dachverband aufgenommen habe.

Dietmar Knecht berichtete über die bevorstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst und deren Auswirkungen auf die dann folgenden Verhandlungen für die Mitarbeiter der BA. Für die nächste Einkommensrunde wird neben einer angemessenen linearen Erhöhung zugleich auch mehr Engagement von der Bundesregierung für den öffentlichen Dienst gefordert. Er betonte ausdrücklich, wie überaus wichtig es sein wird, dass viele Menschen auf der Straße sichtbar werden, um den Forderungen der Gewerkschaften

Gewicht zu verleihen. Die Delegierten des Gewerkschaftstages seien aufgefordert, ihre Kontakte für Gespräche in diese Richtung zu nutzen. Darüber hinaus bat Knecht um ein Stimmungsbild darüber, ob lediglich eine lineare Erhöhung angestrebt werde oder ob außerdem auch mit Sockelbeträgen gearbeitet werden solle. Eine deutliche Mehrheit der Anwesenden sprach sich für ein „sowohl als auch“ aus, damit die Lücke zwischen unteren und höheren Einkommensgruppen nicht immer weiter auseinanderklaffe. Auch mit Dietmar Knecht gab es eine Fragerunde, der er sich gerne und gewohnt souverän stellte.

In den Berichten aus den regionalen Gruppen war zu erkennen, dass Corona sich noch immer spürbar negativ auswirkt und viele Ideen nicht wie gewünscht umgesetzt werden konnten. In 2022 seien nun weitere neue Krisen hinzugekommen. Dies stelle für alle eine hohe Belastung dar und

fordere für die beruflichen Tätigkeiten in den AA und JC ein hohes Maß an Widerstandskraft und Durchhaltevermögen. Die Arbeitgeberin und Dienstherrin BA sei hier gefordert, ihre Beschäftigten zu unterstützen.

Bei den Jugendwahlen in diesem Jahr gab insbesondere die Wahl der BJA-V im Bereich Nord Anlass zu großer Freude. Hier konnte die vbba erstmals die Mehrheit erlangen und den Vorsitz stellen. Aber auch bei den örtlichen JAV-Wahlen wurden sehr gute Ergebnisse eingefahren. So wird die JAV in der AA Hamburg komplett von der vbba gestellt, in der AA Rostock konnte ein weiterer Sitz hinzugewonnen und in Kiel auf Anhieb zwei Sitze erlangt werden. Zudem stellt die vbba auch in Agenturen, die nicht Ausbildungsagenturen sind, die JAV, wie zum Beispiel in Flensburg und Lübeck.

Der nächste Landesgewerkschaftstag der vbba Landesgruppe Nord wird voraussichtlich im September 2023 stattfinden. ■



> Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht stimmte auf die bevorstehende Einkommensrunde ein und stellte sich den Fragen der Delegierten.

SBB-Jahrestag

Wir machen Sachsen grüner

Anlässlich seines 30. Geburtstages hat sich der SBB einen Wald gewünscht – und ihn auch gleich selbst gepflanzt.

Am ersten Samstag im November waren 40 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Nordsachsen mit dem Spaten im Einsatz. Rund 1.800 Bäumchen wurden in die Erde gebracht. Die Mitglieder unserer SBB-Mitgliedsgewerkschaften haben bei diesem Projekt neben Muskelkraft auch in den Kauf der Bäume investiert.

Hintergrund dieser Zukunft schaffenden Aktion war ein

Herzenswunsch des SBB anlässlich unseres 30. Geburtstages im April 2021. Anstelle von Blumen und Karten wünschte sich der gewerkschaftliche Dachverband einen Wald – genau genommen einen SBB-Gewerkschaftswald.

Mit unserem Partner, der Stiftung Wald für Sachsen, wurde die Aktion geplant und durchgeführt. So konnten mit dem gesammelten Geld 900 Rot-

eichen, 300 Vogelkirschen, 300 Esskastanien und 300 Bergahorne beschafft und im Eilenburger Stadtwald gepflanzt werden. Unser Gewerkschaftswald hat damit eine Fläche von etwa 0,6 Hektar.

Fest steht: Ein solches Projekt ist sinnstiftend und verbindet uns in unserem gemeinsamen Tun. Als SBB haben wir die Zukunft im Fokus – und eben nicht nur die Zukunft unserer



Arbeit, sondern auch die unseres Freistaates, unserer Kinder und nachfolgender Generationen.

Wir werden dieses Projekt weiterführen. Spätestens zum nächsten runden Geburtstag wird unser Wald flächenmäßig wachsen.

Unser herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle allen Spenderrinnen und Spendern und allen, die mit Gummistiefeln und Spaten vor Ort waren! Der Muskelkater hat sich definitiv gelohnt: Wir haben einen SBB-Gewerkschaftswald!

Und wer unseren Wald besuchen will, hier sind die Koordinaten: 51°31'16.62" N | 12°44'43.23" O.



Aus den Mitgliedsgewerkschaften

BSBD Sachsen hat gewählt

Der BSBD-Landesverband Sachsen hat am 11. November 2022 seinen Verbandstag durchgeführt.

Insgesamt 50 Delegierte waren der Einladung nach Dresden gefolgt und erlebten eine gut organisierte Veranstaltung. Kollege René Selle trat als Landesvorsitzender nach zwei erfolgreichen Wahlperioden nicht mehr als Kandidat an. Ebenso hatte der bisherige Finanzverantwortliche, Kollege

Torsten Hamann, im Vorfeld erklärt, nicht mehr antreten zu wollen. Die weiteren bisherigen Landesleitungsmitglieder stellten sich zur Wiederwahl. Als Kandidaten hatten sich außerdem Kollege Renato Lüpke und Kollege Ralf Neuhäuser aufstellen lassen. Ebenso erfolgte die Neuwahl der Tarif-



> Thomas Porr, Staatssekretär Mathias Weilandt, Sächsisches Staatsministerium der Justiz, und René Selle (von links)

beauftragten, des Jugendbeauftragten sowie eines Kassenprüfers.

Kollege Thomas Porr überzeugte als Kandidat für den Landesvorsitzenden. Neben ihm als Vorsitzenden besteht die neue Landesleitung künftig aus der Kollegin Silke Völker-Eckert

(JVA Chemnitz) und den Kollegen Karsten Handke (JVA Dresden), Uwe Leichsenring (JVA Waldheim) sowie Renato Lüpke (JVA Leipzig). Sie alle erhielten bei der Wahl überzeugende Mehrheiten.

Als neue Tarifvertreterin wurde Kollegin Mandy Wiesel aus

Zwickau und als Jugendvertreter der Kollege Matthias Roy von der JVA Dresden gewählt. Wir freuen uns besonders, dass Kollege Sven Riemer als neuer Vertreter der Gerichtsbarkeit sich bereit erklärt hat, die Interessen der Gerichtswachmeister im Landesverband zu vertreten.

In den Kreis der Kassenprüfer rückte Kollege Willy Bröker auf, der künftig gemeinsam mit Kollegen Matthias Bernhardt von der JVA Torgau die Finanzgeschäfte der Landesleitung prüfen wird.

*Silke Völker-Eckert,
BSBD Sachsen*

Tagung des SBB Landesvorstandes

Gemeinsam als SBB-Familie

Am 7. und 8. November 2022 tagte der Landesvorstand. Der DAAV e. V. wurde in den SBB aufgenommen.

Unter dem Motto „Gemeinsam als SBB-Familie“ wurde an den beiden Sitzungstagen gewerkschaftliche Arbeit diskutiert. Im Mittelpunkt standen die Einkommensrunden 2022, die Vorbereitung des Gewerkschaftstages sowie die Planung zum Tag der Sachsen 2023 in Aue.

„Vor allem die anstehenden Einkommensrunden in 2023 fordern uns als Gewerkschafter“, so Landesvorsitzende Nannette Seidler. Gemeinsam mit dem Landesvorstand



> Landesvorsitzende Nannette Seidler begrüßt die Vorsitzende des DAAV e. V., Katrin Sontag (von links).

wurde in einem Workshop über mögliche Aktionen beraten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Aufnahme des DAAV e. V. in die SBB-Familie. Der Deutsche Anwaltsverein hat in Sachsen eine neue Landesgruppe gegründet. Die Vorsitzende Katrin Sontag stellte ihren Verband vor und sprach über die Aufgaben der Anwälte, die die Aufgaben der Staatsanwaltschaft wahrnehmen und in Strafsachen vor Amtsgerichten auftreten. Als Beamte und Beamtinnen in einer Sonderlaufbahn sind sie Teil des gehobenen Justizdienstes.



> SBB Landesvorstand in Grimma

Einkommensrunden 2023

Wie kämpferisch und solidarisch starten wir ins neue Jahr?

Im nächsten Jahr kommen zwei große Verhandlungsrunden auf unsere #SBBFamilie zu.

Bereits gestartet ist die Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Ihr kennt die Forderung von 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro. Im Herbst 2023 folgt dann die Runde für die Beschäftigten der Länder.

Wie aber funktioniert so eine Einkommensrunde eigentlich? Einfach als Gewerkschaft zu den Arbeitgebern hingehen und irgendwas fordern, worauf jene nicken, man sich die Hände schüttelt und beide Seiten wieder heimgehen? – Nein, so funktioniert es nicht.

■ Wie Tarifverhandlungen ablaufen

Gestartet wird mit der Forderungsfindung. In den sich anschließenden Tarifrunden (für TVöD und TV-L) verhandelt der dbb beamtenbund und tarifunion für uns. Konkret beteiligen sind an den Gesprächen der dbb Bundesvorsitzende und sein Stellvertreter, der auch Fachvorstand für Tarifpolitik ist. Sie werden im Hintergrund begleitet von der Bun-



> SBB Familie mit dbb Chef Ulrich Silberbach (Mitte) zur Streikaktion im Februar 2019 in Leipzig

destarifkommission. Die setzt sich aus den Vorsitzenden der dbb Landesbünde (auch des SBB) sowie Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsge-

werkschaften zusammen. Wichtig zu wissen: Weil der dbb verhandelt, steht auch auf den Bekanntmachungen, Aufrufen und Streikfreigaben der dbb und nicht eure Fachgewerkschaft. Der dbb führt die Verhandlungen gemeinsam mit DGB-Gewerkschaften, insbesondere mit ver.di.

In der Regel laufen die Tarifverhandlungen durch zu-

nächst drei fest terminierte Runden.

Erfahrungsgemäß können sich die Verhandlungsteilnehmer, also Gewerkschaften und Arbeitgebende, in den ersten beiden Verhandlungsrunden nicht einigen. Dann, vor der dritten und entscheidenden Runde, kommt die Zeit, in der die Gewerkschaften noch mal klar machen müssen, dass sie ihre Forderung ernst meinen, dass diese berechtigt sind und wir alle hinter diesen Forderungen stehen. Zeit also für Warnstreiks, Kundgebungen und andere Aktionen.

■ Tarifverhandlungen sind auch Machtfragen

Ohne eure aktive Unterstützung, ohne eure (Wo-)Manpower läuft dann nichts! Wir brauchen jede und jeden von euch lautstark und energiegeladen auf der Straße und bei unseren Aktionen. Und denkt immer auch daran: Die Ergebnisse werden im Nachgang auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Auch diese sind also mit im Boot.

Nur wenn wir gemeinsam, entschlossen und solidarisch unsere Forderungen bekräftigen, können wir ein gutes Ergebnis erlangen.

Bei der letzten Sitzung des SBB Landesvorstandes haben wir uns Gedanken zu möglichen Initiativen und Aktionen gemacht, die die EKR begleiten könnten. Auch eure guten Ideen sind gefragt. Meldet euch gern bei uns.

Zu allen Einkommensrunden gibt es Sonderseiten auf der Website des dbb (www.dbb.de) – bitte informiert euch! Und immer daran denken: Gemeinsam erreichen wir mehr!

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

„Zukunft – WIR – gestalten sie“

Dies war das Motto des Gewerkschaftstages und der nunmehr im Rahmen des Landeshauptvorstandes nachgeholt öffentlichen Veranstaltung.

Unser neuer Bundesvorsitzender der DSTG, Florian Köbler, Vertreter der Verwaltung, der Präsident des Rechnungshofes

Jens Michel, sowie zahlreiche Repräsentanten der Landes- und Bezirksverbände gaben uns die Ehre. Sybille Gedenk-

Fleger vertrat den Finanzminister und berichtete, wie sich die Finanzverwaltung für die Zukunft aufstellen wird. Unter

anderem wurde ein Ausbau der mobilen Arbeit und ausreichend technische Ausstattung in den Finanzämtern und beim Sächsischen Immobilien- und Baumanagement in Aussicht gestellt. Doch auch die Menschen, die weiterhin in der

Dienststelle arbeiten wollen, sollen im Blick behalten werden. „Denn für viele von uns ist der Austausch und die Ausstattung in den Dienststellen ein guter Grund, in Präsenz zu arbeiten“, so Gedenk-Fleger.

Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion, berichtete in ihrem Grußwort vom Stand in Sachen amtsangemessener Alimentation. Die für das Land Sachsen geplanten Regelungen sind aus Sicht des SBB weit entfernt von einer Amtsangemessenheit. Gestützt wird die Auffassung durch ein Gutachten von Prof. Battis. Seidler beklagte außerdem, dass der sächsische Gesetzgeber gut ein Jahr nach Abschluss des Tarifergebnisses 2021 noch immer keine Übernahme für die Beamtinnen und Beamten des Landes beschlossen hat. „Gerade in dieser Zeit mit den sehr starken Preisstei-

gerungen und der hohen Inflation kann es nicht sein, dass das Tarifergebnis nicht pünktlich zum 1. Dezember 2022 umgesetzt wird“, so Seidler.

➤ Forderungen der DSTG Sachsen

Jens Kunad bekräftigte in seinem Redebeitrag die bekannten Forderungen. Die Finanzverwaltung benötige eine bedarfsgerechte Ausbildung, aber auch eine Aufgabenkritik, um die Aufgaben von morgen noch stemmen zu können. „Aufgrund von demografischer Entwicklung und Fachkräftemangel sehen wir die Verwaltung und Politik in der Pflicht, eine umfassende Aufgabenkritik durchzuführen. Wie können wir mit weniger Personal noch welche Aufgaben erledigen?“ Die IT-Unterstützung müsse ausgebaut und an der technischen Ausstattung dürfe nicht



➤ Florian Köbler (Bundesvorsitzender DSTG), Manja Kropp (stellvertretender Vorsitzende DSTG Sachsen), Jens Kunad (Vorsitzender DSTG Sachsen), Sybille Gedenk-Fleger (in Vertretung für den Finanzminister), Oskar Henning (DSTG Jugend), Jens Michel (Präsident des Rechnungshofs) sowie Nannette Seidler (Landesvorsitzende SBB) (von links)

gespart werden. Das Standortkonzept der Finanzämter (mit dem Schwerpunkt Mittelsachsen und Erzgebirgskreis) müsse überdacht werden, so Kunad. „Wir sind gegen Schließungen von Ämtern und den Rückzug aus der Fläche. Für die Bürgerinnen und Bürger müssen wir vor Ort erreichbar blei-

ben. Die Umsetzung der Grundsteuerreform fordert die Steuerverwaltung bereits enorm, sodass Zusatzaufgaben für die Finanzverwaltung wie die Hilfspakete der Bundesregierung wie Heizkostenzuschuss oder Energiepreispause kaum noch leistbar sind.“

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Gewerkschaftstag des VBSR

Die Delegierten des Gewerkschaftstages der Vereinigung der Beschäftigten des Sächsischen Rechnungshofes (VBSR) tagten im Landtag.

An unserem Gewerkschaftstag am 10. November 2022 nahmen 23 Mitglieder teil. Zunächst stand ein Besuch der Plenarsitzung des Landtages

auf dem Programm. Auf der Besuchertribüne verfolgten wir die aktuelle Debatte und die Befragung der Staatsregierung

Im Anschluss fand ein sehr informatives und erfrischendes Gespräch mit dem Abgeordneten Dirk Panter, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Sprecher für Haushalt und Finanzen sowie Medienpolitik, und Peter Wilhelm Patt, Abgeordneter der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag und Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Haushalt und Finanzen, statt.

Themen der Diskussionsrunde waren:

➤ die noch ausstehende Regelung der Übernahme des Tarifabschlusses von 2021 auf die Beamten und Versorgungsempfänger zum 1. Dezember 2022,

➤ die wertschätzende Arbeit auf allen Ebenen,
➤ die Personalgewinnung im öffentlichen Dienst,
➤ ob es landesweite Vorgaben zu Heimarbeit/mobilem Arbeiten geben sollte und
➤ ob finanzielle Soziallasten des Freistaates Sachsen und der Kommunen schädlich für Personalsteuerung sind.

Wir konnten nach dem Gespräch weiter im Landtag tagen und die genannten Schwerpunkte weiter erörtern. Außerdem erfuhren die Teilnehmer und Teilnehmerinnen Aktuelles aus der gewerkschaftlichen Arbeit.

Auch als kleine Fachgewerkschaft haben wir seit 27 Jahren einen festen Stand in der starken Gewerkschaftslandschaft. Das zeigt auch unser Engagement beim Pflanzen des Gewerkschaftswaldes, an dem sich einige unserer Mitglieder beteiligt hatten.

Monika Zekert und
Simone Rang



➤ Die Teilnehmer des Gewerkschaftstages im November 2022

8. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt

„Aufbruch im Wandel von Gesellschaft und Familie“

Auf dem 8. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt am 17. und 18. Oktober 2022 unter dem Motto „Aufbruch im Wandel von Gesellschaft und Familie“ wählten die rund 100 Delegierten nicht nur den neuen Landesvorsitzenden und seine Stellvertreter. Sie bestimmten auch den gewerkschaftspolitischen Kurs für die nächsten fünf Jahre. Mit einem umfangreichen Leit Antrag der dbb Landesleitung bekräftigten die Delegierten ihre Forderungen für einen attraktiven, konkurrenzfähigen und gut funktionierenden öffentlichen Dienst.

Der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt ist in der Vergangenheit trotz fehlender Sachmittel, zu geringer Personalausstattung, nicht aufgabengerechter EDV-Ausstattung und oftmals bei schlechter Unterbringung seinen Aufgaben gerecht geworden. Hinzu kam der Dauerkrisenmodus. Alles zusammen hat zum Verschleiß des Personals und zu einer immer schwieriger werdenden Erledigung der regelmäßigen Aufgaben geführt. Für einen krisenfesten, starken und

wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst müssen jetzt endlich die Weichen gestellt werden.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber vor allem vielen Schulabgängern ist nicht bewusst, welche Leistungen sich hinter dem Begriff „öffentlicher Dienst“ verbergen, welche Aufgabenvielfalt sich dahinter versteckt. Hier muss mehr Aufklärung betrieben werden. Im Wettbewerb um qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber

muss der öffentliche Dienst Perspektiven aufzeigen und rechtzeitig Maßnahmen ergreifen, die die Schulabgängerinnen und -abgänger über die Leistungen, Aufgaben und Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst informieren. Nur durch Einsicht der Arbeitgeber, die Ausbildung sowie die Übernahme der Auszubildenden nach der Ausbildung als Instrument der Nachwuchsgewinnung anzuerkennen, kann neues motiviertes Personal gewonnen werden.

„Marode Straßen, Unterrichtsausfälle, wochenlanges Warten auf Termine, fehlendes Sicherheitsgefühl und schlecht vorbereitete Digitalisierung gefährden die Wahrnehmung des Staates als Hüter und Verwalter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt. Um dies aber auch in Zukunft sicherstellen zu können, braucht der öffentliche Dienst motivierte Mitarbeiter“, heißt es in dem umfangreichen Papier.

➤ Gesamtpaket schnüren

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes als alleinigen Anreiz zu sehen, ist eine Fehleinschätzung. Wichtiger ist es, ein Gesamtpaket aus Einkommen, sozialer Absicherung und attraktiven Arbeitsbedingungen zu schnüren. Dementsprechend fordert der dbb sachsen-anhalt die Erhöhung der jährlichen Sonder-



© Friedhelm Windmüller (10)

> Die Delegierten stimmen über den Leit Antrag der dbb Landesleitung ab.

zahlung (Weihnachtsgeld) und Einbau der ungekürzten Beträge in die Grundgehaltstabellen, eine weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts wie die Durchlässigkeit bei Aufstiegen aus den Laufbahngruppen 1, 2. Einstiegsamt, in der Laufbahngruppe 2 und 1. Einstiegsamt, eine laufbahnrechtliche Anerkennung der vielfältigen Bachelor- und Masterabschlüsse, eine Anhebung der Eingangssämter auf mindestens Besoldungsgruppe A 7 für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, und auf Besoldungsgruppe A 10 (A 11 für die technischen Laufbahnen) für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt, sowie die deutliche Erhöhung des Budgets für Beförderungen und Höhergruppierungen, bestenfalls Ausfinanzierung aller Stellen.

Aber nicht nur die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs ist wichtig. Auch für die bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist es erforderlich, attraktive Perspektiven zu bieten. Hierfür sind eine weitere Modernisierung und Flexibilisierung des Dienstrechts unabdingbar, wie eine leistungsgerechte Bezahlung, flexible Arbeitszeitmodelle und interessante Karrierebedingungen.

Um im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft im Werben um leistungsfähiges und motiviertes Personal konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen vergleichbar sein. Daher muss auch zukünftig eine wirkungs- und zeitgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erfolgen.

■ Beförderungen

Beförderungen sind das zentrale Mittel der Leistungshonorierung und wichtig für die Motivation der Beschäftigten. Es sind ausreichend Stellen und Haushaltsmittel zur Verfügung



> Iris Herfurth, Erste stellvertretende Landesvorsitzende, begrüßt die Gäste.

zu stellen und statt starrer Altersgrenzen ist ein flexibler Übergang in den Ruhestand sowie das Hinausschieben des Ruhestandseintritts der Beamtinnen und Beamten über Anreize zu fördern und auch zu genehmigen. Ferner sind leistungsgerechte Perspektiven durch bessere Bezahlung, bessere Eingruppierung und eine zukunftsfeste Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten zu garantieren.

■ Digitalisierung

Bei einer Verwaltung 4.0 darf die Arbeit von Menschen für Menschen und der persönliche Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nicht vergessen werden. Dazu fordert der dbb sachsen-anhalt moderne IT-Systeme, schnelle Vernetzung sowie eine bessere Softwareergonomie. Für die alternde Gesellschaft gerade auch in Sachsen-Anhalt sind alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle sowie ein strukturiertes Gesundheitsmanagement mit ausreichender Personal-, Finanz- und Kompetenzzuweisung vorzuhalten. Der Ausbau von Heim- und Telearbeitsplätzen sowie das mobile Arbeiten

auf Wunsch von einzelnen Beschäftigten ist weiter auszubauen. Insgesamt muss die Digitalisierung stärker in der Kultur der Verwaltung, in Aus- und Fortbildung verankert werden.

■ Mitbestimmung ausbauen

Das vom Landtag im Jahr 2019 verabschiedete Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt ist nach Auffassung des dbb sachsen-anhalt völlig unzureichend. Die Mitbestimmung der Beschäftigten und Beamten in den Dienststellen

muss weiter ausgebaut werden. So sind bei der Wahl des Vorstandes des Personalrates die vertretenen Gruppen chancengleich zu berücksichtigen sowie die Freistellungsmöglichkeiten für Mitglieder des Personalrates zu verbessern. Zukünftig sollte die Möglichkeit gegeben werden, Sitzungen auch in anderer Form als in Präsenz durchführen zu können. Die sogenannte große Wegstreckenentschädigung ist zukünftig auch für Personalratsmitglieder anzuwenden. Das Gruppenprinzip muss beibehalten werden und ein Ausbau der Mitbestimmungstatbestände erfolgen.



> Reiner Haseloff

▪ **Öffentliche Veranstaltung**

Am 18. Oktober 2022 zur Öffentlichkeitsveranstaltung konnte die Erste stellvertretende Landesvorsitzende **Iris Herfurth** neben dem Bundesvorsitzenden des dbb, Ulrich Silberbach, unter anderem die Vertreter der Fraktionen der

Reiner Haseloff nicht der Einladung des dbb sachsen-anhalt folgen. Mit einer Videobotschaft überbrachte er die Grüße der Landesregierung.

Der neue Landesvorsitzende **Ulrich Stock** stellte Auszüge aus den Beschlüssen der Arbeitstagung vor und kündigte an, hierzu in konstruktiven Dis-



> Ulrich Stock, neuer Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt

CDU, Die Linke, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie den Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode, Tobias Kascha, begrüßen.

Aufgrund der anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz konnte der Ministerpräsident

kurs mit den anwesenden Fraktionen zu gehen.

dbb Bundesvorsitzender **Ulrich Silberbach** überbrachte neben den Grußworten der Bundesleitung auch Botschaften und Hinweise für die Politik zu aktuellen Themen des öffentli-



> Anne-Marie Keding, Fraktion der CDU und Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

chen Dienstes und der privatisierten Bereiche. Er sprach von einer großen und vielfältigen dbb Familie, in der jeder Einzelne zum gemeinsamen Ziel, die Interessen der Beschäftigten nach besten Kräften zu vertreten und für einen starken öffentlichen Dienst einzutreten, beiträgt. „Gerade in der aktuellen Situation sind die kollektive Interessenvertretung und das effektive Durchsetzen der Interessen der Kolleginnen und Kollegen wichtiger denn je“, betonte Silberbach. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die anstehenden Einkommensrunden mit Bund und Kommunen sowie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

„Unsere Forderung nach 10,5 Prozent und mindestens 500 Euro mehr Einkommen ist bei der aktuellen Lage mehr als gerechtfertigt. Denn die Kolleginnen und Kollegen sind nicht nur als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, sondern auch als Bürgerinnen und Bürger mit den Folgen der aktuellen Inflation konfrontiert“, sagte Silberbach.

Anne-Marie Keding, Fraktion der CDU und Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, betonte mit einem Zitat von Bismarck: „Mit guten Beamten und schlechten Gesetzen lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beam-



> Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb



> Heide Richter-Airijoki (SPD)

ten helfen selbst die besten Gesetze nicht“, dass es in der alltäglichen Anwendung aller Regelungen und Vorschriften darauf ankomme, sie zu kennen, ihren Sinngehalt zu erfassen und gleichmäßig und korrekt auf den Einzelfall unter Wahrnehmung und Ausübung des Ermessenspielraumes anzuwenden. „Dazu sind nur gut ausgebildete und die Verantwortung nicht scheuende Kollegen und Kolleginnen in der Lage. Die müssen dann aber

für die Attraktivität dieser Berufe.

Andreas Henke (Die Linke) informierte über die im Finanzausschuss geplante Beratung des Entwurfes des Gesetzes der Landesregierung zur Änderung des Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes sowie über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes. Im Fokus des Gesetzentwurfes der



> Andreas Henke (Die Linke)

auch angemessen bezahlt, alimentiert werden und was in meinen Augen noch wichtiger sein dürfte, die Strukturen, die Hierarchien, die Beförderungsmöglichkeiten, das Arbeitsumfeld und die Ausstattung am Arbeitsplatz müssen stimmen“, so Keding.

„Angesichts der Folgen der Inflation für alle Beschäftigten gibt es für Zurückhaltung in Tarifverhandlungen keinen Anlass, auch nicht im öffentlichen Dienst“, unterstrich **Heide Richter-Airijoki** (SPD) die Forderung des dbb bei den nächsten Einkommensrunden. Weiter wies sie darauf hin, dass die Erhöhung der Zulage für den Dienst in der Polizei und im Justizvollzug, wie auch im Koalitionsvertrag vereinbart, umgesetzt werde. Das sei ein wichtiges und richtiges Signal

Linksfraktion stehe die legitime Forderung nach einer längst überfälligen gleichwertigen Besoldung nach A 13 für das Lehramt an Grundschulen, die in



> Andreas Silbersack (FDP)



> Cornelia Lüddemann (Bündnis 90/Die Grünen)

allen anderen ostdeutschen Bundesländern bereits realisiert wurde. Bei der Behebung des Mangels an jungen ausgebildeten Lehrkräften in Sachsen-Anhalt sei dies aus Wettbewerbsgründen ein nicht zu unterschätzender Aspekt. Dies wurde in den vorangegangenen Anhörungen der Fachgewerkschaften deutlich.

Andreas Silbersack, Fraktionsvorsitzender der FDP, sprach in seinem Grußwort von neuen großen Herausforderungen der Gesellschaft. „Kaum ist der Coronaausnahmestand weitgehend überwunden, werden wir, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

Russlands in der Ukraine, vor neuen Aufgaben gestellt. Inflation, Gas- und Energiekrise machen die Folgen des Krieges unmittelbar sichtbar und für viele Familien auch spürbar“, sagte Silbersack. Das Land Sachsen-Anhalt könne sich nicht aus der Verantwortung ziehen und müsse proaktiv handeln. Um Versorgungsempfänger und deren Familien von den hohen Energiekosten zu entlasten, habe die Landesregierung die Zahlung der Energiekostenpauschale an die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes beschlossen, die von der FDP-Fraktion unterstützt werde. Die Auszahlung sei eine moralische Pflicht vor dem Hintergrund der Lebensleistung dieser Menschen.

Als eine der wesentlichen Aufgaben in der Zukunft sehe **Cornelia Lüddemann**, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, junge Menschen in Sachsen-Anhalt zu halten. So sei es ein wichtiger Schritt, endlich A 13/E 13 für Grundschullehrer einzuführen. „Das ist dringend notwendig, um nicht noch mehr angehende Grundschullehrerinnen und -lehrer an unsere Nachbarbundesländer zu verlieren. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und deshalb werden wir an dieser Stelle nicht lockerlassen“, äußerte Lüddemann. ■

tbb Jahresrückblick 2022 des Landesvorsitzenden

Zeit für Ihren Kompass

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter großen Kraftanstrengungen haben wir alle ein weiteres Krisenjahr bewältigt. Waren die Jahre 2020/2021 vom Kampf gegen Corona geprägt, standen wir in diesem Jahr vor weiteren Herausforderungen.

Meinen Jahresrückblick möchte ich gern mit einem Erlebnis beginnen, welches mir in diesem Jahr in positiver Erinnerung geblieben ist. Ich war auf der Rückfahrt von einer dbb Veranstaltung mit dem ICE von Berlin nach Erfurt unterwegs. Im Großraumabteil saßen nur wenige Mitreisende. So waren unter anderem zwei Frauen mit ihren kleinen Kindern im Abteil. Wie viele Menschen heute nutze auch ich Zugfahrten, um Fachtexte und dienstliche Unterlagen zu studieren. Kaum ein Blick nach rechts oder links. An diesem Tag war es anders. Ich hatte Zeit und das WLAN funktionierte. Auf Youtube blieb ich bei einem deutschen Comedian hängen. Ich lachte aus tiefstem Herzen. Das blieb nicht unentdeckt. Die Kinder sahen immer wieder von ihren Tablets zu mir. Irgendwann konnten sie sich gar nicht mehr auf ihre eigenen Spiele konzentrieren und kicherten mit. Eine der beiden Frauen kam zu mir und sagte: „So viel Freude wie Sie ausstrahlen, das ist zauberhaft!“

In diesen sicherlich nicht leichten Zeiten dürfen wir alle nicht vergessen, wie wichtig die Freude und das Lachen im Leben sind. Wir dürfen nicht den positiven Blick auf unsere Mitmenschen und in unsere Zukunft verlieren.

Das Wichtigste ist der Mensch selbst und SEINE Gesundheit, um all die Kraftbeanspruchung

auch zu meistern. Daher startete der tbb mit einer kostenfreien Achtsamkeitsreihe „Weniger Stress und mehr Gelassenheit“ ins Jahr 2022. Wir wissen um die Mehrbelastung im Berufsleben, die nicht nur im Kontext mit dem digitalen Zeitalter steht. Auch der steigende Fachkräftemangel durch den Pensions- und Renteneintritt der Babyboomer-Generation sowie die gestiegenen Verbraucherpreise und Energiekosten steigern den Druck auf uns alle.

Der Thüringer Beamtenbund versteht sich als Sprachrohr aller gewerkschaftlichen Mitglieder im öffentlichen Dienst und in den Anstalten des öffentlichen Rechts. Wir hören Ihnen zu! Wir bieten Ihnen beruflichen Rechtsschutz und zahlreiche Schulungen. Wir führen Gespräche mit der Landesregierung. Wir legen den Finger in die Wunde, wenn es sein muss. Wir bewegen!

Unsere größte Kraftanstrengung im Jahr 2022 war der Widerstand gegen die nicht verfassungsgemäße Alimentation unserer Beamten in Thüringen. Über 1 000 Klagen sind an den Verwaltungsgerichten mittlerweile anhängig. Eine große Anzahl zuständiger Richter hat ebenfalls Klage eingereicht. Diese werden nun vonseiten des Thüringer Finanzministeriums (TFM) als befangen eingestuft. Die Verfahren werden die Verwaltungsgerichte die nächsten Jahre intensiv beschäftigen. Eine Musterklagevereinbarung mit der Landesregierung hätte hier Abhilfe schaffen können. Sie ist vom TFM abgelehnt worden. Mittlerweile gibt es einen Gesetzesentwurf zur verfassungsgemäßen Alimentation der Beamten, die eine Besoldungserhöhung ab dem



> tbb Landesvorsitzender Frank Schönborn

1. Januar 2023 vorsieht. Alle Betroffenen sind sich darüber einig, dass ohne den massiven Druck des tbb dieser notwendige Schritt nicht gemacht worden wäre. Wir bleiben dran, um allen Beamten in Thüringen für die Vergangenheit und für die Zukunft eine verfassungsgemäße Alimentation zu gewährleisten.

Zudem bestimmte auch die Anpassung der Wegstreckenentschädigung ab 1. Oktober 2022 unsere Arbeit. Hier wurde die kleine Wegstreckenentschädigung von 17 Cent auf 20 Cent und die große von 35 Cent auf 38 Cent erhöht. Was im Ländervergleich eine Einordnung im oberen Drittel bedeutet, zeigt im Detail doch die Unzulänglichkeit der Erhöhung. So wurde in Thüringen bereits 2005 die Abschaffung der Tagesentschädigungspauschale beschlossen. Die Nachbarländer sind diesen Weg bis heute nicht gegangen. Die kleine Wegstreckenentschädigung, die unter anderem die Personalräte erhalten und die für Fortbildungsveranstaltungen im Auftrag des Dienstherrn erfolgt, ist nach wie vor nicht deckend. Der tbb hatte hier eine Abschaffung gefor-

dert beziehungsweise eine Angleichung an die 38 Cent. Da hier ein Ermessensspielraum der Dienststellen besteht, ist Ungerechtigkeit vorprogrammiert. Daher war es für den tbb wichtig, in Verhandlungen und Stellungnahmen darauf zu drängen, dass der Arbeitgeber eine ausreichende Anzahl an Dienstfahrzeugen zur Verfügung stellt. Eine Nutzung des Privat-Kfz ist nur in Ausnahmefällen angezeigt.

Mit einer groß angelegten Plakataktion setzte der tbb neue Impulse für die Personalratswahlen in Thüringen, bei denen wir insgesamt 176 Sitze im PR/BR/BPR, 29 Sitze in fünf HPR, vier Sitze im ARGE-HPR erringen konnten. Dabei ist der Zuwachs von gewählten Personalratsmitgliedern von mitgliedsorganisierten Fachgewerkschaften enorm. Die von uns aufgestellten Personalräte konnten sich behaupten. Sie haben ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Beschäftigten. Immer wichtiger wird auch eine gute Vernetzung mit anderen Personalräten, um die erhöhten Anforderungen an die Interessenvertretung der Beschäftigten auch in der Zukunft qualifiziert wahrnehmen

zu können. Die Schlagworte „künstliche Intelligenz“ und „agile Arbeitsmethoden“ kennzeichnen beispielhaft die Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung und damit gleichzeitig die Herausforderungen, denen sich Personalvertretungen stellen müssen. Die Welle des Erfolgs krönte das gelungene 1. Personalräteforum.

Mit Enttäuschung nahmen wir den Beschluss des OVG zur Kenntnis, dass eine sogenannte Allzuständigkeit der Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen des Landes durch die Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes 2019 nicht begründet wurde. Hier ist das jahrelange Bemühen der Personalräte und des tbb hin zu einem modernen und zukunftsorientierten Personalvertretungsgesetz nicht erfolgreich gewesen. Bis zur

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes liegt es im Ermessen der Landesregierung, die bisherige Auslegung zur Allzuständigkeit nach wie vor anzuwenden. Dies entspricht dem Willen des Landesgesetzgebers.

Thüringenweit wird der tbb zu Personalversammlungen eingeladen. Unterjährig informieren wir Beschäftigte zu Personalangelegenheiten und verweisen auf die Vorteile einer Mitgliedschaft in einer Fachgewerkschaft sowie auf unsere Schulungsangebote. Auf den Versammlungen treten teils große Unterschiede zwischen Land und Kommune beziehungsweise Tarifbeschäftigten und Beamten zutage. Diese Diversität bildet der Thüringer Beamtenbund (tbb) mit seinen 34 Mitgliedsgewerkschaften ab und sorgt im Rahmen der schriftlichen Beteili-

gungen an gesetzlichen Stellungnahmen für ein ausgewogenes Gefüge für alle Thüringer Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Wir fordern auch weiterhin eine dauerhafte Lösung im Konflikt um die nicht verlängerte Regelung zur tariflichen Anrechnung von Reise- und Wartezeiten auf die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten.

Im nächsten Jahr stehen zwei Tarifrunden für den öffentlichen Dienst an. Wir werden solidarisch und stark für unsere Tarifforderungen kämpfen. Dafür benötigen wir jeden Einzelnen von Ihnen! Nur gemeinsam können wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und notwendige Gehaltssteigerungen erreichen.

Wir setzen uns für Ihre Rechte ein, jedoch kann uns dies nur

im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft gelingen. Helfen Sie uns, weiter zu wachsen und unsere Gemeinschaft im tbb zu stärken. Seien Sie mutig! Sprechen Sie Ihren Personalrat an. Sprechen Sie Ihre Fachgewerkschaft an. Sprechen Sie den tbb an. Wir werden Ihnen zuhören. Unterstützen Sie unsere Kraftanstrengungen, damit wir sie in neue Impulse umwandeln können.

Nutzen Sie die Festtage, um Kraft zu tanken und Ihren Kompass neu auszurichten. Der tbb hat vieles für den öffentlichen Dienst geschafft, doch längst nicht alles. Wir bedanken uns bei allen Mitstreitern für ihren Einsatz. Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und zufriedenes Jahr 2023.

*Frank Schönborn,
Landesvorsitzender*

Frauenseminar der tbb frauenvertretung

Resilienz durch Selbstachtsamkeit

Kümmern wir uns zu viel um andere und zu wenig um uns selbst? Dieser Frage gingen die Teilnehmerinnen eines Seminars der tbb frauenvertretung am 13. und 14. Oktober 2022 in Jena nach.

Ob nun beruflich, gewerkschaftlich oder familiär, die Anforderungen sind vielfältig und manchmal vergessen wir, dass unsere Energie nicht unerschöpflich ist. Diplom-Psychologin Rita Jenewein zeigte den Teilnehmerinnen, dass unser Körper nur für eine begrenzte Zeit mit Stress umgehen kann. Irgendwann wird es zu viel. Oftmals merken wir dies aber erst, wenn es zu spät ist.

An praktischen Beispielen wurde gezeigt, wann wir in Fallen tappen. Auch eigene Erfahrungen wurden in vertrauensvoller Atmosphäre diskutiert. Der Drang zum Perfektionismus und das vermeintliche Wissen, dass niemand es so gut wie man selber macht. Die Erwar-

tungshaltung des Umfelds, dass man „funktioniert“, weil

man das ja immer getan hat. Unterschiedliche Übungen für

unterschiedliche Bedürfnisse wurden vorgestellt. Die Teilnehmerinnen konnten Anregungen für den eigenen Alltag mitnehmen. Nicht alles passt für jeden, und nur wenn man selbst überzeugt ist, dass etwas hilft, wird man es in Zukunft auch anwenden.

Natürlich ist nach zwei Tagen Seminar nicht alles plötzlich anders, aber wir wurden für unsere eigene Resilienz sensibilisiert. Wenn wir uns nicht um uns kümmern, brechen wir irgendwann zusammen und können dann auch für niemand anderes mehr da sein.

*Doreen Trautmann,
Landesfrauenvorsitzende
tbb frauenvertretung*



> Die Seminarteilnehmerinnen lernten, wie man die Fähigkeit zur Resilienz schützt und die eigene Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit steigert.

BTB Thüringen

„Zukunft technisch-naturwissenschaftliche Fachverwaltung? – Wir setzen Maßstäbe!“

Der Landesgewerkschaftstag des BTB Thüringen fand am 11. Oktober 2022 in Neudietendorf statt

Seit über 30 Jahren kämpft die BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im dbb beamtenbund und tarifunion des Freistaats Thüringen erfolgreich für die Belange der Beschäftigten in den technisch-naturwissenschaftlichen Fachverwaltungen. Anlässlich des Landesgewerkschaftstages feierte der BTB Thüringen dieses Jubiläum unter dem Motto: „Zukunft technisch-naturwissenschaftliche Fachverwaltung? – Wir setzen Maßstäbe!“

Bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages durch den Ehrenvorsitzenden des BTB Thüringen, Frank Fielitz, konnten aus dem Thüringer Landtag vier

Fraktionsvorsitzende und die Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik von der Fraktion Die Linke begrüßt werden. Deren Anwesenheit ist ein Zeichen der Wertschätzung für die Fachgewerkschaft und die Beschäftigten der Fachverwaltungen im Freistaat.

Der Vertreter der Landgemeinde Nesse-Apfelstädt, Herr Hühnholdt, den Fachkräftemangel und den daraus resultierenden immensen volkswirtschaftlichen Schaden an. Er hofft gerade auch für die Verwaltungen, dass die Suche nach Fachkräften erfolgreich sein wird, um auch künftig die gesetzten Ziele und Anforderungen



erfüllen zu können. Viele Länder der Welt beneiden Deutschland um die betriebliche Mitbestimmung. Die gewerkschaftliche Arbeit trägt hierbei enorm zur wirtschaftlichen Stärke bei.

Im ordentlichen Teil des Landesgewerkschaftstages wurde die Satzungsänderung erörtert, abgestimmt und beschlossen. Der Geschäfts- und Kassenbericht

wurde vorgestellt, erörtert und mit den Delegierten abgestimmt. Im Anschluss fand die Wahl des Landesvorstandes und der Kassenprüfer statt. Dabei wurde der bisherige Vorsitzende Frank Schönborn in seinem Amt bestätigt und wiedergewählt.

*Frank Schönborn,
Landesvorsitzender
BTB Thüringen*

DSTG Thüringen

Angespannte Personalsituation

Vordringliches Thema im Gespräch mit der thüringischen Finanzministerin Heike Taubert war für die DSTG Thüringen die Personalsituation in den Dienststellen.

Dort herrscht eine angespannte Personalsituation. Es fehlen circa 220 Bedienstete gegenüber dem errechneten Soll. Das ist so, als ob ein mittleres Finanzamt komplett leer stehen würde, die Arbeit jedoch vorhanden ist, sogar stetig zunimmt.

Wir sehen deshalb mit Sorge auf die Zukunft der Finanzverwaltung. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, die krankheits-

bedingten Ausfalltage ebenfalls. Ein Kreislauf, der beängstigend ist. Umso mehr beunruhigt uns, dass einige unserer jungen Kollegen der Finanzverwaltung endgültig den Rücken kehren. Das BZSt, der Zoll oder auch einzelne Kommunen scheinen bessere Arbeits- und Laufbahnbedingungen bieten zu können. Dieser Abwanderungswelle muss entgegengewirkt werden! Wir forderten im Gespräch die Mi-

nisterin auf, sich dieses Themas anzunehmen. Sie sicherte uns dies auch zu.

■ Mehr Anwärtereinstellungen und Beförderungen gefordert

Ein Dauerthema für uns als DSTG sind die alljährlichen Beförderungen und Anwärtereinstellungen. Aufgrund der vom Kabinett beschlossenen globalen Minderausgabe befürchte-

ten wir, dass die Beförderungen in 2022 und 2023 ausfallen könnten. Wir sind der Auffassung, dass diese jährlichen Beförderungen, auch wenn sie aus unserer Sicht in zu geringem Umfang ausfallen, als Motivationspflaster für die Beamten unerlässlich sind.

Nachdem die Anhebung der Eingangsbesoldung im mittleren Dienst von A 6 auf A 7 erreicht ist, forderten wir Frau



Taubert auf, nun die Anhebung für den gehobenen Dienst von A 9 auf A 10 zu vollziehen. Wir konnten auf die aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg verweisen. Frau Taubert wird sich auch mit dieser Forderung beschäftigen. Außerdem forderten wir erneut eine Erhöhung der Beförderungszahlen. Gerade in den Statusämtern A 9 und A 10 ist der „Beförderungsstau“ immens. Das Ministerium muss aus unserer Sicht hier gegensteuern, damit nicht noch mehr Kollegen zu anderen Dienstherrn oder in die Wirtschaft abwandern.

Unsere erheblichen Bedenken, dass die Anzahl der Bediensteten im IST auch nur annähernd ausreicht, um die bisher bekannten Personalabgänge durch Renten- beziehungsweise Pensionseintritte in den kommenden Jahren zu kompensieren, brachten wir zum Ausdruck. Als weiteres Problem kommen die mutmaßlich gestiegenen krankheitsbedingten

Ausfallzeiten hinzu, über die uns aber keine genauen Zahlen der Dienststellen vorliegen.

■ Ausbildungsplätze unbesetzt

Frau Ministerin Taubert wies darauf hin, dass die Einstellungszahlen im ersten Vierteljahr 2023 überprüft würden. Perspektivisch sei eine Anhebung auf 155 Anwärterstellen denkbar. Probleme sehen beide Seiten bei den Einstellungen der Steueranwärter, da nunmehr zum zweiten Mal nicht alle 75 Ausbildungsplätze besetzt werden konnten. Wir regten hier die Anhebung für den gehobenen Dienst auf 75 und die Reduzierung für die Steueranwärter auf 50 an.

Durch die Anzahl der Kündigungen und Versetzungen im

letzten Jahr und die Anzahl der geplanten und der vorzeitigen Altersabgänge in den kommenden drei Jahren ergibt sich aus unserer Sicht daraus kein Haushaltsstellenproblem. Im Rahmen der Einstellungsgespräche für das Jahr 2022 mussten wir feststellen, dass der vereinbarte regionale Einsatz nicht wie geplant umgesetzt werden konnte. Wir sind jedoch der Auffassung, dass diesem Aspekt verstärkt mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Die jungen Bewerber achten auf derartige Pluspunkte.

■ Besoldungserhöhung für Beamte zum 1. Dezember 2022

Entgegen anderslautender Gerüchte wies die Ministerin darauf hin, dass die Landes-

regierung daran festhält, die Besoldungserhöhung für die Beamten um 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022 durchzuführen. Das Gesetzgebungsverfahren unter Einschaltung des Haushalts- und Finanzausschusses läuft derzeit im Thüringer Landtag. Wir wurden als Sachverständige ebenfalls zu Sache angehört und haben uns für die Besoldungserhöhung ausgesprochen.

Frau Ministerin Taubert hat verbarungsgemäß den letzten Tarifabschluss inhaltsgleich auf die Beamten übertragen. Hierfür möchten wir der Ministerin Taubert und der Landesregierung danken. Nunmehr liegt es an den Abgeordneten, dies auch umzusetzen!

Abschließend bedankten wir uns für das konstruktive Gespräch und werden weiterhin im Dialog bleiben.

*Bernd Fricke,
Landesvorsitzender
DSTG Thüringen*

Thüringer Philologenverband (TPhV)

G9 für Thüringen

Der TPhV fordert eine Qualitätsdebatte für Gymnasien – Unsere Lösung: G9

Vor zehn Jahren haben die meisten unserer Kolleginnen und Kollegen noch darüber gelächelt, dass in westlichen Bundesländern 13 Schuljahre bis zum Abitur vorgesehen sind. Zwischenzeitlich wurde dort zunächst G8 eingeführt, also eine zwölfjährige Schulzeit. Doch nun gibt es eine Rückkehr zu G9.

Wir Thüringer Gymnasiallehrkräfte haben in den vergangenen Jahren festgestellt, dass es zunehmend schwieriger wird, das Unterrichtsniveau zu sichern. Die Schülerinnen und Schüler kommen heute

mit schlechteren Voraussetzungen an die Gymnasien, vor allem hinsichtlich der Fähigkeiten beim Lesen und Schreiben. Sie weisen aber auch mangelnde Grundkenntnisse zum Beispiel in den Naturwissenschaften auf, wenn sie in Klasse 10 in die gymnasiale Oberstufe eintreten. Dies macht es schwerer oder sogar unmöglich, das Fachniveau zu sichern und wissenschafts-propädeutisch zu arbeiten.

Deshalb sprechen wir uns für eine Verlängerung der Gymnasialzeit von acht auf neun Jahre in Thüringen aus. Dies hätte

viele Vorteile: So gibt es mehr Lern- und Übungszeit zur Sicherung der fachlichen Voraussetzungen für die gymnasiale Oberstufe. Das kommt der Fachtiefe und der Qualität des Abiturs zugute. „Qualität darf nicht egal sein, jetzt nicht und auch künftig nicht! Die Qualitätssicherung und die Anerkennung des Thüringer Abiturs für künftige Jahrgänge müssen oberste Priorität in der Debatte um die zukünftige Ausgestaltung der Thüringer Gymnasien haben“, so Heike Schimke, Vorsitzende des TPhV.

Wenn in dieser immer komplexer werdenden Welt immer mehr von den Abiturientinnen und Abiturienten sowie den Lehrkräften erwartet wird, dann benötigt das Gymnasium dafür entsprechende Planungen und Ressourcen. Die Lösung, die der Thüringer Philologenverband aus guten Gründen vor-

schlägt, ist G9. Eine Beibehaltung der Schulzeit von zwölf Jahren mit steigenden Erwartungen und steigenden Anforderungen funktioniert nicht. Das kann nur zulasten der Qualität gehen. Dies lehnt der TPhV ab.

Unabhängig davon ist bei einer Qualitätsdebatte auch die Frage zu stellen, welche Fächer in welchem Umfang und mit welchen Inhalten die künftige Stundentafel und die Lehrpläne bilden sollen, wobei auch soziale, mentale, ethische, digitale, demokratische und weitere Kenntnisse und Kompetenzen einbezogen werden müssen.

„Probleme beschreiben oder meckern allein bringt nicht viel. Man muss auch eine Lösungsmöglichkeit bieten. Das haben wir Philologen getan“, so Heike Schimke abschließend. ■